

Es gibt kein Butter und Raketen

Rede von Michael Quetting auf dem Antimilitaristischer Aktionstag am 30.8.25 in Mainz unter dem Motto „Den Frieden gewinnen - Nicht den Krieg“:

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, ihr habt gerade gegen die Wehrpflicht demonstriert. Der aktuelle Kriegskurs raubt gerade jungen Menschen ihre Zukunft.

Wir sterben nicht für eure Kriege. So sagt ihr laut. Die Frage Krieg oder Frieden ist zur drängenden Frage unserer Zeit geworden. So heißt es zu recht im Aufruf zu diesem antimilitaristischen Aktionstag hier in Mainz.

Wir wollen den Frieden gewinnen und nicht den Krieg.

Nicht in der Ukraine, nicht in Gaza, nicht im Iran – und nirgendwo sonst.

Das Treffen von Putin und Trump mag endlich ein wenig Hoffnung machen. Allerdings bereitet die fehlende Kompromissbereitschaft von Selenskyj und Merz, von der Leyen und Co. weiterhin Sorgen. Ich habe nicht den Eindruck, dass Selenskyj und Merz überhaupt Frieden anstreben.

Friedrich Merz scheint tatsächlich zu erwägen, deutsche Soldaten in die Ukraine zu entsenden, um einen möglichen Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine abzusichern. Was kann es Geschichtsvergesseners geben als deutsche Soldaten an der ukrainisch-russischen Front? So gibt es keinen Frieden.

Wir sind alarmiert über die Notlage der palästinensischen Bevölkerung, entsetzt über das menschenverachtende Vorgehen Israels im Gazastreifen. Vor den Augen der Welt verübt Israel in Gaza einen Genozid an den Palästinensern. Unsere Solidarität darf durch keine sogenannte Staatsräson relativiert werden. Uns empört die fortgesetzte Unterstützung aus Deutschland. Und als Merz dem Druck nach Reduzierung der Mordbeihilfe zum Schein nachgab, da sprach das Hetzblatt Bild von einem Offenbarungseid.

Wir verlangen, die deutsche Beihilfe an Israel sofort zu stoppen. Wir fordern von Berlin, zu wirksamem Druck auf Israel beizutragen, den Krieg, das Aushungern und die Vertreibung der Bevölkerung in Gaza zu beenden.

Sicher, Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden. Das sagen wir heute laut, anlässlich der Erinnerung an den 86. Jahrestages des Überfalls Nazideutschlands auf Polen.

Deutschland als Führungskraft und die EU als Bündnis sind Akteure in einem Konkurrenzkampf gegen China, Russland und auch gegen die USA, deren Vormachtstellung allerdings akzeptiert wird.

Es geht um Profit und Machterhalt. Die Welt marschiert von Tag zu Tag mehr in Richtung eines Dritten Weltkriegs mit apokalyptischen Folgen. Mit massiver Hochrüstung soll das Land europäische

Führungsmacht werden.

Während Milliarden in Panzer und Raketen fließen, fehlen sie in Krankenhäusern, Kitas, Schulen, beim Klima, bei Bus und Bahn.

Jetzt soll fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Aufrüstung ausgegeben werden, von der AFD über CSU/CDU, Grüne bis zur SPD ist man der Meinung, man könne 250 Milliarden Euro, die Hälfte des Bundeshaushaltes, für Aufrüstung finanzieren. Und selbst Politiker in der Partei Die LINKE verhinderten den Wahnsinn im Bundesrat nicht.

Muss man da nicht verzweifeln? Haben die denn alle den Verstand verloren? Warum fallen wir diesen Verrückten nicht in den Arm?

Ich denke an „das Narrenschiff“ von unserem Friedensfreund Reinhard May:

*„Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken
Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken*

*Die Mannschaft, lauter meineidige Halunken
Der Funker zu feig um SOS zu funken
Klabautermann führt das Narrenschiff
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff.“*

Die Wirtschaftsleistung schrumpft. Die guten Zeiten sind passé. Das Methan freisetzende Frackinggas aus den USA ist zu teuer für den Verwertungsprozess des Kapitals.

Es war ganz offensichtlich eine Fehlentscheidung als die Bundesregierung über Nacht Russland zum Feind erklärte und damit das Aus für den Exportweltmeister einleitete. Unter kapitalistischen Bedingungen bedeutet die Deindustrialisierung für die arbeitenden Menschen Sozialabbau.

Und dann muss die Aufrüstung ja irgendwie von irgendwem bezahlt werden. Und so bedeutet Aufrüstung ebenfalls Sozialabbau.

Merz spricht es immer deutlicher aus. So letzte Woche als er auf dem CDU Niedersachsen eine Neuausrichtung der Sozialpolitik forderte. Der Sozialstaat, so der Bundeskanzler, sei nicht mehr finanzierbar.

Man sagt uns, wir sollen uns vorbereiten auf den Krieg. Das Gemeinwesen brauche uns.

Das sagen besonders gerne jene, die uns jahrelang erzählt haben, das jeder seines Glückes Schmied sei, man mit Ellenbogen gegen seinesgleichen zu kämpfen habe und dass Solidarität etwas sei, dass man heute nicht mehr brauche.

Nur, welches Gemeinwesen soll das sein? Jenes, das Armut und Perspektivlosigkeit bereithält? Welche Demokratie soll denn da verteidigt werden? Jene, welche mit Repressionen auf die Menschen reagiert, wenn diese gegen den Völkermord an den Palästinensern auf die Straße gehen?

In eurem Aufruf für heute wird vor der Militarisierung der Gesellschaft gewarnt. Wir sehen die Militarisierung überall – auf Brötchentüten, in Fußballstadien, in Schulen und Unis. Jetzt soll die Wehrpflicht zurückkommen, der Krieg ins Denken, Fühlen und Handeln der Jugend einziehen.

Jetzt geht es an die Gewinnung der Jugend mit der Wehrpflichtvorbereitung, die Militarisierung des Bildungssystems und des Gesundheitswesens. Das Suchen von Luftschutzbunkern und die Empfehlung, Vorräte anzulegen. Unterschiedliche Geheimdienstexperten meinen, das Angriffsdatum Russlands auf unser Land voraussagen zu können. Alles dies dient der Mobilmachung.

Die Menschen in Deutschland sollen kriegstüchtig werden.

Das letzte Mal, der Deutschland kriegstüchtig machen wollte, war der Nazi Joseph Goebbels am 26. Juli 1944. Wir sind entsetzt, dass 2023 Boris Pistorius von der SPD dieses Wort in den Mund nahm.

Noch sind wir offenbar nicht kriegstüchtig. Das wollen offenbar jene, die das Sagen haben, ändern. Es tobt der Kampf um die Köpfe.

Kapital und Regierung bieten dazu alles auf, was sie haben, ihre Fernsehsender, ihre Sozialen Medien und ihre Zeitungen, ihre Parteien angeblich aus der Mitte der Gesellschaft.

Wir haben andere Sehnsüchte. Wir wollen leben. Glückselig sein. Arbeiten, lieben, lachen – ohne Bomben, ohne Hass, ohne Völkermord. Make love, not war – dieser Spruch der Friedensbewegung ist weiter gültig.

Das Kapital und seine Regierungen führen nicht nur Krieg gegen andere Länder – sie führen auch Krieg gegen uns: Längere Arbeitszeiten, weniger Rechte, niedrigere Löhne. Das Streikrecht soll eingeschränkt werden. Wir müssen begreifen, dass was wir derzeit erleben, ist das Vorspiel des Angriffs auf unser Leben, auf uns als Arbeiterklasse.

Was wir auch als Krisenauswirkung zu spüren bekommen, Inflation, unzureichende Lohnabschlüsse, teure Mieten, schlechte Schulen und Kitas mit zu wenig Fachpersonal, katastrophale Pflege, Zweiklassen-Medizin, teurer und unbefriedigender ÖPNV und unpünktliche Züge – alles steht im Zusammenhang mit der Aufrüstung.

Selbst den notwendigen Umbau aufgrund der ökologischen Krise wird es unter diesen Bedingungen nicht geben.

Verteilungskonflikte haben hier, wenn auch nicht nur, so doch wesentlich und in zunehmenden Maße, ihre Ursache. Wer das ausklammert, verbreitet Illusionen und stellt sich nicht den aktuellen Anforderungen vor der die demokratischen Kräfte stehen.

Begreifen wir: Das was wir aktuell erleben ist nicht nur eine Kriegsvorbereitung auf eine Auseinandersetzung mit Russland und China, es ist ein Angriff auf uns, auf uns als Arbeiterklasse, aber auch auf uns als Volk dieses Landes.

Kommt es zum Krieg, sterben nicht die Kinder der

Reichen in den Schützengräben – sondern unsere Kolleginnen und Kollegen. Auf beiden Seiten der Front.

Mit der vereinbarten Stationierung neuer Mittelstreckraketen mit Einsatzkommando in Mainz-Kastel, der Taurus-Stationierung in Büchel und der Modernisierung der dort lagernden US-Atomwaffen befindet sich diese Region bei einer militärischen Eskalation im Fadenkreuz. Wenn es zum atomaren Abschlag kommt, dann werden wir hier im Rhein-Main-Gebiet und rund um Ramstein verglühen, ganz egal, ob es hinterher einen Sieger gibt oder nicht.

Wir haben kein Interesse an unserem Tod und wir fügen hinzu: wir haben kein Interesse am Tod eines russischen, eines chinesischen Kollegen oder sonst einem Mitmenschen.

Aber schon vorher zerstören wir unseren Sozialstaat, der ja ein Ergebnis des Kampfes unserer Vorfäter und Mütter, des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, ist.

Die Umverteilung zu unserem Nachteil wird weitergehen, jeder Euro, der in dem riesigen Rüstungshaushalt versenkt wird, wird für Bildung, eine funktionierende Daseinsvorsorge oder den ökologischen Umbau der Industrie fehlen. Es gibt kein Butter und Raketen, auch wenn mancher Sozialdemokrat oder Gewerkschafter meint, das wäre möglich.

Wir spüren schon jetzt wie sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit verändert, weil unter Bedingungen der Deindustrialisierung und Sozialabbau ein Klima des Verzichts entstanden ist, das nicht Rückenwind für die Forderungen der Gewerkschaften mit sich bringt, sondern Auftrieb für die Forderungen des Kapitals nach Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerungen und Abweichungen vom Flächentarifvertrag.

Wo sind die Kräfte, die dieser Entwicklung in den Arm fallen?

Ich sehe sie natürlich in uns, die wir heute hier aktiv sind. Wir sehen aber auch unsere Schwäche, sowohl als Friedensbewegung als auch als Arbeiterbewegung.

Viele Dinge werden unterschiedlich gesehen. Die Bedrohungslüge fällt auf fruchtbaren Boden, und manche Freundin meint vielleicht auch ernsthaft, es sei im Interesse der Demokratie und der Freiheit, wenn wir auf selbige verzichten.

Da ist durchaus manch ehrliche Kraft verblendet, die z.B. meint, es sei antisemitisch, wenn man gegen die Ausrottung Palästinas auf die Straße geht, mancher mag auch in Unkenntnis der Vorgeschichten in bester Absicht der eigenen Propaganda in den Leitmedien erliegen.

Und einiges ist auch schwieriger zu analysieren und zu bewerten. Staatsräson und mögliche Repressionen, mögen auch ihren Teil dazu beitragen, dass es nicht gerade einfach ist, die Welt zu erkennen, zumal unsere Mittel bescheiden sind im Vergleich zu denen des Kapitals und deren Regierungen.

Wenn wir unsere Schwäche ändern wollen, dann

müssen wir uns darüber klar werden, welche Kräfte in der Lage wären, die Situation zu ändern. Es ist aufgrund ihrer Anzahl und ihrer Stellung in der Produktion eben jene arbeitenden Menschen, die besonders von den Krisen betroffen sind. Und sie haben eine Organisation, die das Einigende in den Mittelpunkt zu stellen versucht, das sind die Gewerkschaften.

Allerdings müssten wir alle begreifen, dass die wachsende Kriegsgefahr Ergebnis der kapitalistischen Krisenentwicklung ist, die weit über die konjunkturellen Krisen der Vergangenheit hinausgeht und als eine systemische Krise des Kapitalismus eingeordnet werden muss.

Die aktuellen Krisen verstärken sich gegenseitig. Während der globale Süden an ökonomischer Stärke und politischem Selbstbewusstsein gewinnt, wehrt sich der globale Norden gegen Deindustrialisierung und politischen Bedeutungsverlust. Dies führt zu den geopolitischen Konflikten, die schließlich die Hochrüstung auslösen.

Und die ist nur mittels erheblichen Sozial- und Demokratieabbau scheinbar zu bewältigen. Das ist der Nährboden für die Rechtsentwicklung und selbst die gutgemeinte Brandmauer wird das nicht ändern, sondern nur eine andere Politik, eine neue Politik, die die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Nun sehen wir, dass unsere Gewerkschaften zwar durchaus vom Frieden sprechen, aber sie argumentieren in der Regel im Rahmen militärischer Logiken, wir fühlen uns an eine Burgfriedenspolitik und bestenfalls an eine sozial abgefederten Mitgestaltung von Aufrüstungspolitik erinnert. Notwendig ist aber, die materiellen und historischen Ursachen von Militarisierung, Aufrüstung, Krieg und Faschismus nicht verschämt zu schweigen

Dieses zu vermitteln, das ist unsere Aufgabe als Friedensbewegte, als linke, als sozialistische Kräfte innerhalb unserer Gewerkschaften. Das ist das Einfache, das schwer zu machen ist.

Das ist die historische Aufgabe vor der wir stehen.

Erinnern wir uns an frühere Umbrüche in der Geschichte. 1914 zogen unsere Klassenbrüder mit Hurra gegen den Franzmann und den Russen. Der Kaiser kannte nur noch Deutsche. Die SPD stimmte für die Kriegskredite und die Gewerkschaften betrieben Burgfriedenspolitik.

Aber nur vier Jahre später beendeten streikende Arbeiter und kämpfende Soldaten den Spuk. Es waren die gleichen Arbeiter. Sie können das Menschenmaterial für Kriege stellen. Aber, sie können auch Kriege beenden.

Und es war diese Stärke, welche die Angst des Kapitals vor der Macht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften wachsen ließ, so dass sie 1933 den Faschismus installierten, um die Macht der Arbeiterbewegung zu brechen.

Und heute? Was ist die Herausforderung, welche sind die Aufgaben unserer Zeit? Was müssen wir

tun, um den Frieden zu bewahren, was, um die Angriffe auf unseren Standard und unsere Rechte abzuwehren?

Zentral wird es dabei sein, ob es den Herrschenden gelingt, die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften voll in die Politik der Aufrüstung und damit der Kriegsvorbereitung einzubinden?

Dies ist noch nicht entschieden.

Auch deswegen die Militarisierung.

Deswegen der Versuch die Angriffe auf den Sozialstaat nur gebremst und scheinbar anzuwehren.

Jeden Kampf, den wir führen, jeden Euro, den wir erkämpfen, jedes Recht, das wir verteidigen, wird objektiv zu einem Kampf für Frieden.

Gewerkschaftliche Arbeit und Aufklärung darf sich nicht um die Frage von Krieg und Frieden herumdrücken. Im Gegenteil. Gewerkschaften sind nicht nur Teil der Friedensbewegung, sie sind der Kern.

Aber, sie sind es nicht automatisch.

Damit das so wird, braucht es uns, wie es z.B. im Ersten Weltkrieg einen Karl Liebknecht und eine Rosa Luxemburg und den Spartakusbund brauchte, wie es im Faschismus die antifaschistischen Widerstandskämpfer brauchte, wie es die Kämpferinnen und Kämpfer für die Befreiung der Kolonialländer brauchte.

Was tun?

Ein Bündnis unterschiedlicher Strömungen der Friedensbewegung ruft auf am 3. Oktober in Stuttgart und Berlin zu demonstrieren. Der Aufruf ist ein Kompromiss. Unterstützen wir diese Demonstration, Stärken wir die Friedensbewegung. Leisten wir unseren Beitrag. Wir sehen uns in Stuttgart am 3. Oktober. Jede und jeder gewinnt 5 Freundinnen oder Freunde für die Demo.

Zeigen wir unser Gesicht auch unseren Kolleginnen und Kollegen auf der Arbeit, unseren Mitschülern in der Schule und unseren Kommilitonen an der Universität.

Sammeln wir Unterschriften unter den Berliner Appell.

Kleben wir Friedenstauben auf jeden Lichtmast dieser Stadt. Machen wir Mainz zur Friedensstadt.

Verstärken wir unsere Aktivitäten in den Gewerkschaften. Wir brauchen klarere Beschlüsse und deutliche Friedenspositionen. Nehmen wir die Gewerkschaftskollegen beim Wort und organisieren wir den Kampf gegen das 5 %-Ziel.

Wir sind noch zu wenige. Wir haben nicht nur die Verantwortung das Richtige zu sagen, sondern auch dafür, dass wir die Hegemonie in der Gesellschaft gewinnen.

Freunde, lasst mich meine Rede beenden mit einer Strophe vom weichen Wasser aus dem Song von Bots aus dem Jahr 1981:

Europa hatte zweimal Krieg

Der dritte wird der letzte sein

Gib bloß nicht auf, gib nicht klein bei

Das weiche Wasser bricht den Stein!